

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: 20 Pf. monatlich 2,10 Mk., vierteljährlich 5,10 Mk., halbjährlich 9,60 Mk., jährlich 18,00 Mk. bei den bestellten Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk., ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten sowie unsere Ausleger und Geschäftsstellen nehmen ebenfalls Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse der Postämter, der Lieferanten oder der Druckereieinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung und Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Ferner hat der Leser in den angegebenen Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. / Einzelheft 10 Pf. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle. / Annahme-Zustellen werden nicht angenommen. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 46.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt.

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 249.

Donnerstag den 24. Oktober 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Fortdauer der Kämpfe in der Osts-Miederung.

Ein Wort gegen nationale Gleichgültigkeit.

Das große Erwachen der Augusttage 1914 hatte die ständige Forderung „Deutschland über alles“ in jedes einzelne Gewissen geprägt. Was in fassen Friedenstagen unendlich vielen nicht mehr als politischer Begriff, höchstens als selbstverständlicher Besitz erachtet, wurde nun im Tiefsten empfundenen Erlebnis: Deutschland! Niemand stand mehr allein, jeder wurde sich bewusst, ein Teil, ein Glied der großen deutschen Gemeinschaft des Blutes, der Geschichte, der Kultur zu sein. Ueber die eigene Person, über die Familie hinaus erweiterte sich jedes Ich zur Volksgemeinschaft. Opferbereitschaft wurde das Kennzeichen der Stunde. Dann kam nach leuchtenden Siegestagen die Prüfung, die tägliche neue Forderung der Hingabe. Unzählige bestanden, unzählige befristeten sie mit ihrem Blut. Aber vier Jahre Opfer, Tag um Tag, sind eine schwere Probe. Zu schwer für viele. Und so hört man denn heute manch Wort der Verbitterung, der Sorge, der Verständnislosigkeit gegenüber den Forderungen der Zeit, aber auch leider sogar manch Wort der Würdelosigkeit: „Was heißt Vaterland? Und ist's gleich, ob wir englisch, deutsch oder französisch sind. Nur Frieden, Brot und Arbeit.“

Beschämend ist's, daß solche ehrvergeßenen Reden selten die gebührende Antwort finden. Im feindlichen Ausland belächelt man diese Reden niedriger Gesinnung als Hochverrat mit härtesten Strafen. Und das mit Recht! Sind wir nicht alle Kinder einer großen Volksgemeinschaft? Würde der nicht Schande auf sich laden, der seine Familie verleugnet eines vermeintlichen Vorteils willen? Und bringen die Folgerungen aus solcher Denkart wirklich Vorteil? Nein, nicht nur vor Gewissen und Ehregefühl müssen sich diese Worte der eigenen Schande verrecken. Auch das Gebot einfacher Überlegung zeigt die ganze Torheit dieser Verdrängungs-Reden.

„Steuern zahlen wir sowieso, arbeiten auch, daher ist es gleich, unter welcher Regierung, wenn nur Frieden wird und wir zu essen haben“, so folgert mancher, der keine Ahnung hat von den Vorgängen des Völkerebens. Ja, Steuern zahlen müssen wir auch unter einer deutschen Regierung. Aber ist es nicht ein gewaltiger Unterschied, ob die Erträge der Steuern in der ordnungsmäßigen Gestaltung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens im Ausbau unserer sozialen Fürsorge, in organisierter Heilung der Kriegsschäden, im Hintertrag der Kriegsanleihen usw. der deutschen Gesamtheit wieder zugute kommen, oder ob sie als Tribut in die Taschen fremder Unterdrückter fließen, während es dabei unmöglich wird, die dringendsten Forderungen des Staatshaushaltes zu befriedigen? Glauben die „Augen“ Kriegsendiger wirklich, daß sie von Englands Gnaden auch nur Arbeit bekommen, von England, das seine eigenen Landeskinder wirtschaftlich verewaltigt? Die Häfen Irlands sind künstlich stillgelegt, auch ihre Aufschließung durch ausländische Schiffe verhindert worden, damit die englischen Häfen nicht unter ihrer Konkurrenz zu leiden haben. Seit seiner Vereinigung mit England (1801) hat Irland an Steuern fast das Doppelte von dem gezahlt, was es seiner Leistungsfähigkeit nach hätte zahlen müssen (Feststellung einer englischen parlamentarischen Kommission 1896). In den Jahren 1846—1848 verhungerten in Irland von rund 8 Millionen Einwohnern mehr als 1 Million, weil die englische Regierung ihnen die Ernte durch Militär hätte fortnehmen lassen. Würde es einem unterworfenen Deutschland besser gehen? Können deutsche Toren angefaßt dieser Tatsachen noch glauben, unter einem siegreichen England Arbeit und Brot zu finden?

Zum Ueberflus haben die Engländer selbst auch nie ein Hehl daraus gemacht, wie ernst es ihnen mit der Vernichtung der deutschen Wirtschaftskraft ist. Der englische Minister Carson erklärte 1917: „Wir müssen nicht nur dafür sorgen, jedes deutsche Geschäft und jedes deutsche Unternehmen in jedem Lande zu vernichten, sondern wir müssen auch dafür Sorge tragen, dieses Geschäft uns selbst zu verschaffen.“ Ebenso schreibt die Zeitung „Sunday Pictorial“ vom 24. März 1918: „Deutschlands Volk mag verhungern, aber wir werden kein Mitleid haben.“

Seine Industrien mögen zusammenbrechen, aber wir werden keine Reue fühlen. Volkstümlicher Ruin mag über Deutschland hereinbrechen, wir werden keine Träne vergießen.“

Gleichlautende Äußerungen bringt jeder Tag in Menge, besonders jetzt, wo infolge der Rückverlegung unserer Front im Westen und der Ereignisse auf dem Balkan jede Maske fällt. Die einsichtige deutsche Arbeiterschaft und ihre Führer wissen längst, daß in einem Deutschland, das sich auf Gnade oder Ungnade dem wahnwitzigen Haß unserer Feinde ausliefert, jenseit ohne Ausnahme nur verlieren können, der Reichs wie der Arme, der Arme noch mehr als der Reiche, denn er ist unmittelbar jeder kleinsten Erschütterung und Schwankung des Wirtschaftslebens unterworfen. Die Gewerkschaftsführer betonen dies immer und immer wieder. Vor kurzem hat der Arbeitervertreter B. Janssen ein Dekret zusammengestellt, in dem die Führer der freien Gewerkschaften aller Industrie- und Berufszweige die Frage des Arbeiterinteresses an einem ehrenvollen Frieden unterleuchten. Die Antwort dieser sehr vielen Arbeitervertreter lautet einstimmig: „Ein besiegtes Deutschland ist wirtschaftlich ruiniert.“

Im einzelnen weist Zentral-Arbeitersekretär Rudolf Wiffel, Berlin, in einem an kaisertum Material reichem Aufruf überzeugend nach, daß Deutschland in der Arbeitervertreterung weitans an der Spitze der Nationen steht. Er schließt mit den Worten: „Ein Ausbau und die Weiterentwicklung der Arbeitervertreterung ist nur möglich, wenn ihre Grundlage, das unerschütterliche Reich und unser blühendes Wirtschaftsleben erhalten bleiben.“

Kann es für denkende Menschen noch einen Augenblick des Ueberlegens geben? Ist es denjenigen, die so leichtfertig über ihres Volkes und über ihre eigene Zukunft reden, wirklich gleich, ob englische Schuldnerschaft, Hunger, Arbeitslosigkeit, Auswanderung ihrer wartet, ob die buntesten Horden der Entente über ihr Heim und ihre Familie herfallen, oder ob sie unter dem stärkeren Schutze des Reiches einer zwar nicht vollkommenen, aber doch in den Lebensbedingungen gesicherten Zukunft entgegengehen?

Der neue Kurs in Deusthiano.

Rede des Kanzlers im Reichstage.

(129. Sitzung.) CB, Berlin, 22. Oktober.

Die heutige Reichstags-Sitzung trug ein ganz besonderes Gepräge. Das Haus wußte, daß der Kanzler neue programmatische Erklärungen abgeben und seine alten vertiefen und ergänzen wollte. Alle Bänke und die Tribünen waren gut besucht und mit ungeheurer Spannung laß das Haus den Ausführungen des Kanzlers entgegen.

Sitzungsbericht.

Am Ufche des Bundesrats: Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Bauer, Graf Nordern, Rüdlin, Risto, Broder, Scheidemann, Dausmann, Erberger, Trimborn, Schütz, v. Mann, v. Breitenbach, Dr. Solf, Bauer, Schiffer.

Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten Fehrenbach werden die kleinen Anfragen von der Tagesordnung abgelehnt und der Gelegenheitsauftrag über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft wird auf Antrag des Abg. Dore (Sp.) dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen. Zur Beratung gestellt werden dann die neuen Gesetze zur Abänderung der Reichsverfassung, d. h. der Gelegenheitsauftrag über die Stellvertretung des Reichskanzlers und die Vorlage über die Abänderung des Reichstages bei Kriegserklärungen und beim Friedensschluß. Im Anschluß an diese Vorlagen findet eine allgemeine politische Aussprache statt. Der Präsident erteilt sofort das Wort dem

Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Seitdem ich zum ersten Male zu Ihnen sprach, sind infolge der Friedensaktion, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt eingeleitet hat, weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst kamen des Präsidenten Wilsons Gegenfragen, unsere unabweisende bejahende Antwort hat zu erneuten Anfragen des Präsidenten geführt und unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden. Meine Herren,

Das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt.

Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, die Debatte möge sich eine dem Ernste der Stunde entsprechende Weidmängung aufsteigen. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angetrieben

Interessanter ist die für die gestimmte Korrespondenz oder deren Raum, Leipzig, 24. Oktober 1918, abends 6 Uhr, Teuerungsprüfung, Zehrauch und Interaktion des mit 20% Aufschlag, Ziel Wilsdruff und Sauerbrunnem erwerbender Reichs-Verkaufsmannschaften im amtlichen Teil (nur von Zeitschriften die Ausgabe 10 Pf. bis 1 Pf.). / Kostverteilung und Offensivgebühr 30 bis 30 Pf. / Teuerungsprüfung (Schritt) jedes Jahresmonatsende auf. / Umrechnungen des 11. über verlegt. / Zeitungsgebühr des Tages 6 Pf. / In die Postanstalt Schölkop. / Für das Schreiben der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Erste Publikation 25%, Aufschlag eine Woche. / Die Redaktionen und Zeitungsstellen haben nur bei Monatsbeginn binnen 30 Tagen Mithilheit, längeres Ziel, schriftliche Mitteilung, geteilte Anzeigen berechtigt. / Interaktion bedingte die Berechnung des Preis-Preispreises. / Geben nicht schon früher ausdrücklich aber nicht bindend als Erfüllungswort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Ausgabe der Nachweise, falls nicht der Empfänger innerhalb 3 Tagen, vom Rechnungsdatum an, Widerspruch erhebt.

worden. Diese Debatte gibt den Äußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als dieses eine sagen: die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage:

Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden?

auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Gewinnstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgetragen wird, wie er auch in gleicher Lage bei uns ausgetragen werden müßte. Auf der einen Seite erheben orientierten lauter denn je ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei da, in dem sie alle die angeflammten Leidenschaften, den Haß und die Rachsucht, auf dem Boden unserer deutschen Heimat stillen können; auf der andern Seite sind sich die aufrechten Anhänger des Völkerebens vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute keine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet:

„Eine irgendeine einzelne Macht oder Mächtigkeitsgruppe es unternimmt, Zwangsmittel zur Durchföhrung des von ihr vertretenen Rechtes gegen andere Nationen anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Abereinunft den Frieden zu erhalten oder, auf die gegenwärtige internationale Lage angewendet, ihn zu erreichen.“

Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die feindlichen Gewalten erkennen, die gegeneinander stehen, aber nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewissheit bringen? Sie dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten richten: Erliebs darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das bis zum äußersten geht. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen dürfte, als sie für den Frieden handelnd eintritt. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt, hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflös dem Gewaltfrieden zu beugen. (Lebha. Zustimmung.)

Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Betrachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben (Sehr richtig) und würde vom Jorn der Öffentlichkeit hinweggeleitet. Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden, die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: wenn nun ein Frieden auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt — was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben. Ja, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Machtstellung. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern für recht erkannt wird.

Eine schwere Überwindung für ein stolzes und stolzes Volk, denn die Rechtsfrage macht nicht halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen dürfen. Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichesgebietes. Uns ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutschlandfeindliches Tribunal bedeutet. Wenn dem so wäre — warum scheuen denn alle die extremen Machtpolitiker in der Entente das Verhandlungstisch wie der Schuldige das Gericht!

Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerebund.

Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völkere sich zur nationalen Selbstüberwindung aufraufen. Das Zustandekommen einer solchen Völkergemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbstständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war von uns wie von anderen. Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung folgen.

Verharren wir innerlich auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. (Sehr richtig.) Dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lähmen wird. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn diesesurchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstrebend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Beifall.)